POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Nur per E-Mail

Zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gehörende Dienststellen

nachrichtlich:

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost

Museumsstiftung Post und Telekommunikation

Unfallkasse Post und Telekom

Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH -

TEL +49 (0) 1888 682-1671 (oder 682-0)

Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

FAX +49 (0) 1888 682-3173

E-ман ZB4@bmf.bund.de

TELEX 886645

BEARBEITET VON Herrn Großbach

HAUSANSCHRIFT

7. Februar 2008

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst;

Ersatzansprüche für fortgezahltes Entgelt bei Tätigkeiten als ehrenamtliche Richterin und als ehrenamtlicher Richter oder als Zeugin und Zeuge, die vom Gericht oder vom Staatsanwalt zu Beweiszwecken herangezogen werden

ANLAGEN 1

cz ZB4-P2160/06/0001

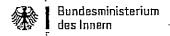
DOK 2008/0064341

(bai Antwork bittle GZ unid DOK angeben)

Anliegendes Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern vom 29. Januar 2008 - D II 2 - 220 210-2/29 - übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Im Auftrag Dr. Oswald

Beglaubigt



POSTANSCHRIFT

Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Oberste Bundesbehörden Abteilungen Z und B im Hause -

nachrichtlich: Vereinigungen und Verbände HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D. 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

> +49 (0)30 18 681-4656 +49 (0)30 18 681-54666 FAX

BEARBEITET VON

EMAIL DIIZAG@bmi.bund.de ылымы www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, 29. Januar 2008 AZ D II 2 - 220 210-2/29

BETREFF Tarifyertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)

Ersatzansprüche für fortgezahltes Entgelt bei Tätigkeiten als ehrenamtliche Richterin und als ehrenamtlicher Richter oder als Zeugin und Zeuge, die vom Gericht oder vom Staatsanwalt zu Beweiszwecken herangezogen werden

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen bin ich damit einverstanden, dass aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung Beschäftigten für die Dauer der zeitlichen Inanspruchnahme bei erteilter Arbeitsbefreiung abweichend von § 29 Abs. 2 TVöD das Entgelt nach § 21 TVoD außertariflich für folgende Anlässe fortgezahlt wird

- Tätigkeiten als ehrenamtliche Richterin und als ehrenamtlicher Richter bei den Gerichten, die in § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718,776), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3416), genannt werden,
- Inanspruchnahmen als Zeugin und Zeuge, sofern die Heranziehung von den in § 1 Abs. 1 Nr. 3 JVEG genannten Stellen erfolgt.

Damit entfällt die Voraussetzung einer Entschädigung für Verdienstausfall nach den §§ 18 und 22 JVEG.

Im Auftrag Bredendiek